

Verdacht auf Verfassungsverstoß!

Am 12. Oktober 2010 hat das föderale Parlament, auf Veranlassung der geschäftsführenden Regierung Leterre-Reynders, der Aufforderung der EU stattgegeben, und Belgien mit 15 Milliarden Euro, d.h. mit 2.270 Euro für jeden Einwohner im Euro-Raum, am Rettungsschirm für die privaten Banken beteiligt! Diese Zustimmung erfolgte ohne jegliche Debatte im föderalen Parlament. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass diese Summe ohne weitere parlamentarische Prozedur, mit einfachem königlichem Erlass, und ohne gewählte legitimierte Regierung, in Zukunft erhöht werden kann. Mit der Verdopplung des Euro-Krisenfonds wird es jetzt tatsächlich zu dieser Erhöhung kommen.

Die Gruppierung "Notre mot à dire" wird deshalb am Donnerstag, 24.02.2011, in Brüssel eine Pressekonferenz abhalten, und zu diesem Vorgang eine Klage vor dem Verfassungsgericht ankündigen.

In einer Phase wo in Belgien die Diskussion über die Zuständigkeiten und über die Höhe der damit verbundenen Dotationen an die Gemeinschaften, die Regionen und die Kommunen im vollen Gange ist, müsste im Grunde jeder föderale Euro zweimal umgedreht werden! Mit diesem besagten Beschluss wurden aber, quasi in einer Nacht- und Nebelaktion, Milliarden an Steuergeldern wieder denselben Banken garantiert, die mit ihren habgierigen Spekulationsgeschäften die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausgelöst hatten. Dieser Vorgang ist ein Skandal sondergleichen! Obige Gruppe fordert nun eine belgische Volksabstimmung weil mit dem Euro-Krisenfonds die Souveränität der belgischen Bevölkerung mit Füßen getreten wird.

Die Dreistigkeit der Lobbyisten aus Wirtschaft und Politik im Euro- Raum ist unerträglich! Es scheint fast so, als ob nur noch ein massiver Aufschrei der Bevölkerung diese abgehobene "Anti-Elite" stoppen könnte.

Joseph Meyer, St. Vith